

Begründung

Zu § 1 Nr. 1 (§ 72 Absatz 4)

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat in seinen Entscheidungen vom 9. März 2016 (IV ZR 9/15 und IV ZR 168/15) die Berechnung der rentenfernen Startgutschriften unter Berücksichtigung der durch den 5. Änderungstarifvertrag zum ATV-K vom 30. Mai 2011 eingeführten Vergleichsstartgutschrift überprüft. Der BGH kommt dabei zu dem Ergebnis, dass durch die mit der Neuregelung eingeführte Vergleichsstartgutschrift zwar die in der BGH-Entscheidung vom 14. November 2007 beanstandeten Systembrüche vermieden werden. Die Neuregelung führt aber zu neuen Ungleichbehandlungen, da aufgrund des Kürzungsfaktors von 7,5 Prozent erneut bestimmte Versicherte von einem Zuschlag ausgeschlossen werden. Da die Ungleichbehandlung nicht nur von geringer Intensität ist und nicht nur eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Personen betrifft, ist auch die Neuregelung vom BGH für rechtswidrig erachtet worden.

Die Tarifvertragsparteien haben sich daraufhin am 8. Juni 2017 auf Eckpunkte für eine verfassungskonforme Neuregelung und im Anschluss daran auf eine Änderung des ATV-K verständigt. In § 72 Absatz 4 wird entsprechend den tarifvertraglichen Vorgaben in § 32 Absatz 6 ATV-K geregelt, in welchen Fällen die Versicherten wie über die erneute Neuberechnung zu informieren sind.

Zu § 1 Nr. 2 (§ 73)

Während bisher jeder Versicherte mit einer rentenfernen Startgutschrift pro Jahr der Pflichtversicherung in der Zusatzversorgung einen Anteil von 2,25 Prozent der für ihn ermittelten höchstmöglichen Voll-Leistung nach § 18 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BetrAVG bekommen hat, wird nach der Neuregelung in § 73 Absatz 1 dieser Faktor in Abhängigkeit vom Alter bei Beginn der Pflichtversicherung angepasst. Zur Berechnung des neuen Faktors wird zunächst die Zeit vom erstmaligen Beginn der Pflichtversicherung bis zum Ende des Monats ermittelt, in dem das 65. Lebensjahr vollendet wird. Anschließend werden 100 Prozent durch diese Zeit in Jahren geteilt (100 Prozent / Zeit in Jahren). Das Ergebnis ist der neue Faktor als Prozentwert, der nun zur Ermittlung der anteiligen Voll-Leistung maßgebend ist. Der Faktor beträgt mindestens 2,25 und höchstens 2,5 Prozent pro Pflichtversicherungsjahr. War der Versicherte beim erstmaligen Beginn seiner Pflichtversicherung beispielsweise 23 Jahre alt, erhält er für jedes Pflichtversicherungsjahr 2,3810 Prozent seiner Voll-Leistung (100/42). Die Regelung entspricht den tarifvertraglichen Vorgaben aus § 33 Abs. 1 Satz 3 ATV-K und der dazugehörigen Protokollnotiz.

Mit der Änderung in Absatz 1a wird entsprechend der Protokollnotiz zu § 33 Abs. 1a Satz 1 Nr. 2 ATV-K klargestellt, dass bei der Ermittlung der im Jahr 2011 eingeführten Vergleichsstartgutschrift weiterhin unverändert der Faktor von 2,25 Prozent anzuwenden ist und die Neuregelung gem. § 73 Abs. 1 Satz 3 bis 7 insoweit nicht gilt.

Entsprechend § 33 Abs. 7 Satz 3 ATV-K wird durch die Ergänzung in § 73 Abs. 7 klargestellt, dass die rückwirkende Erhöhung der Startgutschrift nicht zu einer Erhöhung bei einer eventuell bis zum 31. Dezember 2016 durchgeführten Vergabe von Bonuspunkten führt.

Zu § 1 Nr. 3 (§ 74)

Mit den Änderungen in Absatz 4 wird entsprechend der tarifvertraglichen Vorgabe in § 34 Abs. 1 ATV-K die Neuregelung für Versicherte mit rentenfernen Startgutschriften auch auf die Versicherten übertragen, die zum Zeitpunkt der Systemumstellung beitragsfrei versichert waren und einen gesetzlichen Anspruch nach § 18 Abs. 2 BetrAVG haben.

Zu § 1 Nr. 4 (§ 78)

Mit den neuen Regelungen in Absatz 2 wird entsprechend der tarifvertraglichen Änderung in § 36a Abs. 2 ATV-K klargestellt, dass auch Mutterschutzzeiten vor dem 18. Mai 1990 in gleicher Weise zu berücksichtigen sind, wie danach – bis zum 31. Dezember 2001 - in der Pflichtversicherung vorhandene Mutterschutzzeiten.

Entsprechend der Regelung in § 2 Nr. 2 des 7. Änderungstarifvertrags zum ATV-K wird in dem neuen Absatz 3 geregelt, dass die Erhöhung der Startgutschriften, die auf die Neuberechnungen nach § 73 Abs. 1 Satz 3 bis 7 und § 74 Abs. 4 zurückzuführen ist, bei bereits laufenden Rentenfällen rückwirkend zu einer unverzinsten Erhöhung der Rentenleistung führt.

Zu § 2

Die Tarifvertragsparteien haben sich am 8. Juni 2017 geeinigt, die Startgutschriftenberechnung um eine zusätzliche Neuberechnung zu ergänzen. Sie sind damit dem Auftrag des BGH nachgekommen, der die bisherigen Regelungen zur Übertragung der Anwartschaften aus dem System der Gesamtversorgung in das Punktemodell mit zwei Urteilen vom 9. März 2016 (BGH IV ZR 9/15 und BGH IV ZR 168/15) für unwirksam erklärt und eine Nachbesserung angemahnt hatte. Die Regelung gilt also rückwirkend. Die Änderung zu § 36a Abs. 2 ATV-K (Mutterschutzzeiten vor dem 1. Januar 2002) gilt dagegen ab dem Tag der Beschlussfassung.